



Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 15. März 2013

Vernehmlassung zum FATCA-Abkommen und zum Entwurf des geplanten Bundesgesetzes betreffend die Umsetzung des FATCA-Abkommens (Umsetzungsgesetz)

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem verkürzten Vernehmlassungsverfahren zum Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)-Abkommen sowie dem Umsetzungsgesetz. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

1. Grundsätzliche Beurteilung

Zum wiederholten Male innert kurzer Zeit ist die Politik mit einer Gesetzesvorlage konfrontiert, die unter rechtsstaatlich fragwürdigen Vorzeichen mit dem Argument vorgelegt wird, dass eine Zustimmung ohne Wenn und Aber für die Wettbewerbsfähigkeit oder gar den Fortbestand des Finanzplatzes unabdingbar sei. So können wir in Ihrem Schreiben vom 14. Februar 2013 auch lesen, dass die Banken ohne das vorliegende Abkommen „gegenüber den teilnehmenden Finanzinstituten aus anderen Jurisdiktionen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil“ erleiden würden.

Die SP Schweiz ist sich sehr wohl bewusst, dass die USA angesichts der globalen Bedeutung des US-Finanzmarktes mit ihrem imperialistisch anmutenden Vorgehen den betroffenen Staaten wie der Schweiz wenig Spielraum lässt. Es kann bei der Bewertung des vorliegenden Vertrags aber nicht einfach ausgeblendet werden, dass die Schweiz mit der Unterzeichnung dieses Staatsvertrages nicht nur ein Abkommen gutheisst, sondern damit auch die dynamische Weiterentwicklung des US-amerikanischen Rechts in dieser Sache blindlings akzeptiert. Denn wenn auch in Artikel 14 des Abkommens festgehalten ist, dass Änderungen im gegenseitigen schriftlichen Einverständnis zu erfolgen haben, so können die USA die eigentlichen FATCA-Bestimmungen anpassen ohne den Vertrag mit der Schweiz zu verändern. Das kommt einem weitgehenden Souveränitätsverlust gleich.

2. Unverständliches Festhalten am Sonderweg Abgeltungssteuer

Die SP steht seit längerem klar und unmissverständlich für einen umfassenden automatischen Informationsaustausch in Steuersachen ein, der den verschiedenen Staaten eine korrekte Besteuerung der Einkommen und Vermögen ihrer Steuerpflichtigen garantiert. Dessen Einführung muss begleitet sein von einer entsprechenden Vergangenheitslösung für un versteuerte Gelder. Der vom Bundesrat eingeschlagene Sonderweg mit bilateral ausgehandelten Abgeltungssteuerabkommen erachtet die SP spätestens seit der Ablehnung des Vertrages durch den deutschen Bundesrat als eine politische Sackgasse. Die Reputation des Finanzplatzes wird weiterhin leiden, so lange die Schweiz auf eine weitgehende Gleichbehandlung der verschiedenen Partnerstaaten verzichtet und stattdessen das alte Modell eines auf Regulierungsarbitrage setzenden Bankenzentrums über die Runden zu retten versucht.

Völlig unverständlich ist unter diesen Umständen für die SP, dass der Bundesrat angesichts dieses bereits sehr eingeeengten Handlungsfeldes noch darauf verzichtet hat, zumindest die von den USA offerierte Reziprozität anzunehmen. Dies gilt umso mehr, als sich dieser Verzicht nur damit erklären lässt, dass der Bundesrat zu kaschieren versucht, dass die Schweiz mit der Unterzeichnung dieses Abkommens einer Form des automatischen Informationsaustausches, oder vielmehr einer „weitgehend automatischen und einseitigen Informationslieferung“ an die USA zustimmt.

Für die SP entspricht FATCA der Grundlogik einer automatischen Lieferung von Kundendaten unabhängig davon, ob sich die Schweiz für das Sondermodell 2 (Informationsfluss zwischen den Banken und den US-Behörden) oder wie fast alle Staaten für das Modell 1 (Informationsfluss zwischen den Staaten) entschieden hat. Wenn das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) in seinen Unterlagen schreibt, dass das Gegenrecht „weitgehend wertlos wäre“, weil es sich nur um Informationen über Zinserträge und Dividendenzahlungen auf US-

Konten handle, mutet das geradezu grotesk an. Schliesslich verfügt das SIF ja gar nicht über die Informationen, um abschliessend beurteilen zu können, ob die angebotene Reziprozität relevante Daten zutage bringen würde oder nicht.

Wenn auch mit dem gewählten Modell 2, das die direkte Meldung der Finanzinstitute an die US-Steuerbehörde IRS vorsieht, der Informationsaustausch formaljuristisch über eine Gruppenanfrage erfolgt, so ist das Resultat für die nicht-kooperationswilligen US-Kunden der betroffenen Finanzinstitute dennoch genau dasselbe. Daran ändert auch die in Artikel 5 vorgesehene Beschwerdemöglichkeit gegen die Schlussverfügungen am Bundesverwaltungsgericht nichts. Es handelt sich aus Sicht der SP einzig und allein um einen etwas umständlichen und arbeitsintensiv ausgestalteten sowie zeitlich leicht verzögerten automatischen Informationsaustausch (aber ohne Reziprozität). Es kommt hinzu, dass es nicht nachvollziehbar ist, warum die Banken (Modell 2) anstelle des Staates (Modell 1) die Daten an die USA weiterleiten sollen, wenn der Bundesrat doch dem Schutz der Kundeninformationen wirklich so grosse Bedeutung beimisst, wie er das bei jeder Gelegenheit betont.

3. Fehlende Strategie für einen Weissgeldfinanzplatz

Eine Zustimmung zu diesem vorliegenden Abkommen ist für die SP nur eine Option, wenn der Bundesrat seine Strategie für den Finanzplatz ganzheitlich neu formuliert und seine sture Ablehnung des automatischen Informationsaustausches insbesondere auch gegenüber der EU aufgibt. Es ist aus Sicht der SP nicht nachvollziehbar, dass die Schweiz erstens aus ideologischen Gründen auf ein besseres Abkommen mit Gegenrecht verzichtet und zweitens dieses Zugeständnis den USA unter Druck und ohne Gegenleistung zugesteht, während umfassende Verhandlungen mit den europäischen Partnern über einen automatischen Informationsaustausch als Teil eines Finanzdienstleistungsabkommens kategorisch ausgeschlossen werden.

Die SP legt sich noch nicht fest, ob sie diesem Abkommen und dem Umsetzungsgesetz im Parlament zustimmen wird oder nicht. Die SP fordert den Bundesrat daher auf, zusammen mit der Botschaft zum FATCA-Abkommen den zuständigen Kommissionen und dem Parlament auch die Strategie darzulegen, wie die Schweiz mit der EU sowie im Rahmen der OECD einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen sowohl für natürliche als auch für juristische Personen sowie für alle Finanzinstrumente mitgestalten kann. Eine alleinige und einseitige Sonderlösung für die USA ist für die SP keine gangbare Lösung.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Hostettler', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Stefan Hostettler
Leiter Politische Abteilung